

Antrag

A3NEU3 Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragssteller*innen: KjG

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
17 **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
23 und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen und setzen uns für eine
24 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von
25 demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns
26 selbstverständlich.

27 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
28 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
29 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung
30 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**
31 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen.**

32 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
33 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
34 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese
35 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
36 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
37 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
38 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

39 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
40 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

41 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

42 • **Position beziehen**

43 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
44 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
45 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
46 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige
47 Abgrenzung von rechten Akteur*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**
48 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die
49 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

50 • **Bildungsarbeit**

51 **Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes**
52 **Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein**
53 **zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere**
54 **Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen**
55 **Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu**
56 **hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger**
57 **Teil einer demokratischen Gesellschaft.**

58 • **Vernetzung**

59 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und **Diözesanverbänden** weiter
60 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei
61 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der
62 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit
63 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine
64 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
65 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
66 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

67 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

68 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
69 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
70 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
71 Jugendverbänder*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
72 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
73 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden

74 unvereinbar.

75 **Forderungen an die Politik**

76 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
77 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

78 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

79 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
80 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
81 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
82 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
83 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
84 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
85 und **deren nachgeordneten Organsationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und
86 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**
87 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.

88 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

89 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
90 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
91 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
92 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
93 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
94 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
95 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
96 und Vorfälle.

97 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

98 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
99 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
100 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
101 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
102 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
103 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
104 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
105 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in**
106 **und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**²

107 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer** 108 **Bildung**

109 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur
110 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
111 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
112 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
113 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
114 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
115 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter

Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. ***Darüber hinaus fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.***

- **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**

Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten.

Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter Umgang mit demokratischen Mitbewerber*innen muss gewahrt bleiben.

- **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem, antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben, weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu schützen.

Forderungen an die katholische Kirche

Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

- **Reform und Aufarbeitung**

Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus, Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren. Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

- **Stellung beziehen als moralische Instanz**

Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.

158 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem**
159 **rechte Aktivist*innen involviert sind**

160 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
161 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
162 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
163 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
164 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
165 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
166 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
167 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
168 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

169 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen**
170 **Rechten benennen und bekämpfen**

171 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
172 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
173 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
174 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
175 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
176 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
177 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
178 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

179 Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein**,
180 **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und
181 Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

182 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
183 Hauptversammlungen 2016 und 2020

184 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**
185 **Hauptausschusses 2024**

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.